Nr. 278. Halle (Saale), Dienstag, den 27. November 1917. 28. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Per monatlich Bezugspreis beträgt 80 Pf. frei ins Haus; durch die Post bezogen 70 Pf. oder vierteljährlich 2,10 Mk. ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.

Schriftleitung: Hart 42/44. Fernsprech. 1046 Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 46 mm breite Nonpareillezeile od. deren Raum 30 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 Pf., Anzeigen unter Text (92 mm breite Reklamezeile) 75 Pf.

Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 9 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben (größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).

Hauptgeschäftsstelle: Hart 42/44. Fernsprecher 1047 Postamt: werktags ununterbrochen v. 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 27. Nov. 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. In Flandern nahm die Artillerietätigkeit zwischen dem Houthoulster Wald und Zandvoorde am Nachmittag wieder große Heftigkeit an.

In einzelnen Abschnitten des Schlachtfeldes südwestlich von Cambrai tagsüber starker Feuerkampf. Unter dem Schutze der Dunkelheit bereitgestellte englische Infanterie griff am Abend Dorf und Wald Bourlon an; im schweren Nahkampf wurde sie zurückgeworfen. Die Vorfeldtätigkeit blieb auf der ganzen Schlachtfront rege.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Nördlich von Prunay wurde ein französischer Vorstoß im Grabenkampf abgewiesen. Auf dem östlichen Maasufer war die Gefechtstätigkeit tagsüber mäßig. Am Abend trat zwischen Samogneux und Beaumont und beiderseits von Ornes erhebliche Feuersteigerung ein.

Heeresgruppe Herzog Albrecht. An der Combreshöhe und zwischen St. Mihiel und Pont-à-Mousson lebte die Feuertätigkeit zeitweilig auf.

Oestlicher Kriegsschauplatz und mazedonische Front keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

•

Schiffsversenkungen. Berlin, 26. November. Neue Unterseeboots-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 20 000 Brutto-Registertonnen. Unter den versenkten Schiffen befanden sich zwei große tiefbeladene Dampfer, von denen einer Munition geladen hatte. (Amtlich.)

•

Amerikas Schiffahrtsaufschwung. Nach einem Washingtoner Reuterbericht meldet der Schiffahrtsrat, daß Bauaufträge auf Schiffe mit einer Gesamt-Tonnage von mehr als vier Millionen Tonnen vergeben wurden, und zwar 545 Stahlschiffe, 375 Holzschiffe und 58 Schiffe, die zum Teil aus Holz und zum Teil aus Stahl gebaut werden sollen.

•

Der Ausfall der australischen Weizenernte. Reuter meldet aus Adelaide: Die diesjährige Weizenernte Australiens beträgt nur 26 Millionen Bushels gegen 43 Millionen im Vorjahre. Der Ausfall wird dem Mangel an Arbeitskräften zugeschrieben.

•

Sozialistische Kundgebungen in Spanien. Madrid, 26. November. Die Amnestiekundgebung am Sonntag verlief in vollster Ordnung. Mehr als 10 000 Personen sollen daran teilgenommen haben. Nach Ansprachen von Paulo Iglesias und Lerroux brachte die Menge Hochrufe auf das Streikkomitee und das befreite Spanien aus. Sie zerstreute sich hierauf ohne Zwischenfall.

Keiner wagt es!

Kein neutraler Staat traut sich, Friedensverhandlungen vorzuschlagen!

Alle fürchten sich vor der Gewalt und Feindschaft der Kriegführenden!

Kopenhagen, 25. November. Provinzblätter veröffentlichen das Gerücht, die dänischen Sozialisten hätten beschlossen, den Minister des Auswärtigen, Scavenius, zu ersuchen, sich an die anderen neutralen Staaten zu wenden zwecks Prüfung der Frage, ob die Zeit günstig für die Neutralen sei, das Anerbieten einer Friedensvermittlung zu machen. Das Ritzauische Bureau erfährt, daß Minister Scavenius keine solche Aufforderung erhalten hat, und daß, wenn eine solche Aufforderung erfolgen sollte, die Antwort in Uebereinstimmung mit dem bei früheren Gelegenheiten eingenommenen Standpunkte der Regierung lauten würde, daß die Regierung sich nicht imstande sehe, in der gewünschten Richtung die Initiative zu ergreifen.

So ungeheuerlich ist der Druck der imperialistischen Großmächte auf die kleinen neutralen Staaten!

Auch der Papst gibt das Spiel auf. Rom, 26. November. Das päpstliche Organ Osservatore Romano veröffentlicht folgende Note: Man meldete, daß der Heilige Stuhl einen neuen Aufruf zugunsten des Friedens an die beiden kriegführenden Mächtegruppen oder an eine dieser beiden Gruppen gerichtet habe oder demnächst richten würde. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß diese Meldung jeder Begründung entbehrt.

Dänemark schloß sich ab!

Die dänische Regierung erließ ein Vieh- und Nahrungsmittel-Ausfuhrverbot! Die dänische Regierung hat ein sofort in Kraft tretendes Ausfuhrverbot für lebendes Rindvieh, Schafe, Ziegen erlassen, ferner für Fleisch und Schlachtabfälle von Pferden, Vieh, Schafen, Ziegen und Schweinen, für Konserven, Wurst und anderen Fleischwaren, Eier, Butter, Rahm, Milch und Käse. Es ist nicht beabsichtigt, die Ausfuhr der genannten Waren zu verbindern, sondern die Regierung will nur eine Regelung der Ausfuhr ermöglichen, damit das Land in weitestem Umfange den Nutzen aus der Ausfuhr ziehen kann, den die jeweilige Lage erheischt. — Das Verbot richtet sich auch gegen England, von dem Dänemark jetzt wenig Rohstoffe, Baumwolle und Kolonialwaren bekommt. Vielleicht will Dänemark dadurch einen Druck ausüben und dann Handelsabkommen schließen.

Die Geheimverträge.

Veröffentlichungen durch die russ. Regierung.

Petersburg, 23. November. Der Kommissar für auswärtige Angelegenheiten, Trotzki, hat eine Reihe von Telegrammen und Geheimdokumenten veröffentlicht, die sich sowohl auf die Zeit des zaristischen Regimes im Jahre 1915 als auch auf die Zeit der Koalitionsministerien beziehen. Die Soldaten- und Arbeiterregierung hat, sagt Trotzki, die Geheimdiplomatie mit ihren Ränken, Chiffern und Lügen abgeschafft. Unser Programm ist der Ausdruck des Willens von Millionen Arbeitern, Soldaten und Bauern. Wir wollen unverzüglich einen auf der Grundlage der freien Entwicklung der Völker beruhenden Frieden erlangen.

Die Dokumente beziehen sich auf Konstantinopel und die Meerengen. Der frühere Minister des Aeußern, Sasonow, macht die Ansprüche Rußlands auf Konstantinopel, die Westküste des Bosporus, das Marmarameeres und der Dardanellen, auf Südthrazien bis zur Linie Enos-Midia, die asiatische Küste und die Inseln des Marmarameeres sowie die Inseln Imbros, Tenedos geltend. Die Verbündeten haben eine Reihe von Forderungen aufgestellt, denen die russische Regierung zugestimmt hat. Nach ihren Ansprüchen soll Konstantinopel ein Freihafen für Waren werden, die nicht nach Rußland gehen und nicht von dort kommen. Die Verbündeten verlangen, daß ihr Recht auf die asiatische Türkei ebenso anerkannt werde wie das der Belassung der heiligen Stätten Arabiens unter muselmanischer Oberhoheit und der Einbeziehung der neutralen persischen Zone in die englische Einflußsphäre. Rußland war bereit, alle Ansprüche anzuerkennen. Seinerseits hat es den Wunsch geäußert, das Kalifat von der Türkei zu trennen. — In Persien teilschte Rußland für sich um Rayons in den Städten Ispahan und Jezd.

Was die Festsetzung der Grenzen mit Deutschland anbelangt, bewahrten sich die beiden Teile volle Handlungsfreiheit. Frankreich gab seine Ansprüche bekannt, denen unser Ministerium zustimmte. Elsaß-Lothringen wird Frankreich zurückgegeben einschließlich der Eisen- und Kohlengrubengebiete. Die am linken Ufer des Rheins gelegenen Gebiete sollen von Deutschland abgetrennt werden und von jeder politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit seitens Deutschland frei sein. Aus diesen Gebieten wird ein freier neutraler Staat zu bilden sein.

Das Merkwürdigste sind die Telegramme Tereschenkos. Es ist darin die Rede davon, daß die Botschafter Englands, Italiens und Frankreichs bei Kerenski erschienen seien und ihm erklärt hätten, daß es dringend notwendig sei, Maßnahmen zu ergreifen, um die Armeeschlagfertig zu machen. Dieser Versuch, sich in die Angelegenheiten Rußlands einzumengen, war der Regierung peinlich. Tereschtschenko hat den russischen Botschafter in Washington, dem amerikanischen Kriegsminister mitzuteilen, daß die russische Regierung die Reserve des amerikanischen Botschafters in dieser Angelegenheit hoch anschlage. (W. T. B.)

Einmischung der Entente!

Wien, 26. November. General Duchonin hat an die russischen Armeen eine Nachricht gelangen lassen, wonach die Vertreter der Ententestaaten beim russischen Oberkommando gegen jede Verletzung des Vertrages protestieren, der zwischen der Regierung des Zaren und den Regierungen der Verbündeten am 5. 9. 1914 geschlossen worden ist (wonach die Ententemächte nur gemeinsam Frieden schließen). Anknüpfend hieran drohen die Vertreter der Ententestaaten, daß jede Vertragsverletzung durch Rußland, insbesondere ein Sonderwaffenstillstand schwere Folgen nach sich ziehen werde. In einer weiteren Mitteilung eröffnet das russische Oberkommando den ihm unterstehenden Kommandanten, die amerikanische Regierung habe erklärt, sie könne keine weiteren Transporte nach Rußland zulassen, solange die Lage dieses Landes nicht geklärt sei. Sollten die Bolschewiki an der Macht bleiben und ihr Programm, mit Deutschland Frieden zu schließen, ausführen, dann werde die amerikanische Regierung das erlassene Ausfuhrverbot aufrechterhalten.

Trotzkis Antwort!

In einem Telegramm an alle militärischen Komitees und Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte reagiert der Kommissar für die auswärtigen Angelegenheiten, Trotzki, auf diese Mitteilungen des abgesetzten Höchstkommandierenden Duchonin. Er verweist darauf, daß die Vertreter der Verbündeten sich einer unzulässigen Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes mit der Absicht schuldig machen, einen Bürgerkrieg hervorzurufen, wenn sie sich mit diplomatischen Noten an einen General wenden, der wegen Ungehorsams gegen die Regierungsmaßnahmen abgesetzt wurde. Der Versuch der verbündeten Vertreter, durch Drohungen die russische Armee und das russische Volk zu zwingen, den Krieg fortzusetzen, werde die russische Regierung nicht davon abbringen, den Weg zu einem ehrlichen und demokratischen Frieden zu suchen. Die Soldaten, Arbeiter und Bauern Rußlands seien nicht willens, unter der Knute der verbündeten Imperialisten zu bleiben. Der Aufruf fordert zur Fortsetzung des Kampfes für einen sofortigen Waffenstillstand auf und schließt mit den Worten: Nieder mit allen Geheimverträgen und diplomatischen Ränken!

Die Macht der Bolschewiki.

Nach einer Meldung der Petersburger Zeitung Pravda befinden sich u. a. folgende Städte in der Gewalt der Bolschewiki: Petersburg, Moskau, Kiew, Nischni Nowgorod, Charkow, Odessa, Jekaterinoslaw, Samara, Saratow, Kasan, Rostow, Wladimir, Reval, Pakow, Minsk, Krasnojarsk, Podolsk, Serpuchow und Tsaritsyn.

Laut Nowoje Schisn hat Trotzky den Beamten des Ministeriums des Aeußern mitgeteilt, daß sie, falls sie den Dienst nicht bis zum 30. November aufgenommen hätten, als entlassen betrachtet werden würden. Der Rat der Volkskommissare bereitet bereits die Uebernahme aller Privatbanken durch den Staat vor.

Weitere Meldungen.

Mehr oder weniger zweifelhafte Meldungen besagen: Die englische Botschaft ist am 23. November von Petersburg abgereist und soll auch durch Wiborg gekommen sein; seitdem hat man aber nichts von ihr gehört. Es wird angenommen, daß der Zug in Finnland zurückgehalten wird. — Die Armeekomitees an der Front sollen die Bildung eines dem maximalistischen Kabinett homogenen sozialistischen Kabinetts vorschlagen, um dem Bürgerkrieg ein Ende zu machen und mit den Alliierten über die Friedensbedingungen zu verhandeln. — Die Kadettenpartei veröffentlicht eine Erklärung, daß die Friedensvorschläge der Bolschewiki nicht als ein Ausdruck des Willens des russischen Volkes betrachtet werden können. Die Bolschewiki sollen den Obersten Murawjew zum Kriegsminister ernannt haben. Ein Versuch Tschernotws, eine Koalitionsregierung zu bilden, mißglückte wegen mangelnder Unterstützung von seiten der Armeekomitees.

Volle Rechtsgleichheit!

Die Forderung des schaffenden Volkes zur Wahlreform.

Die Wahlreformvorlage der preußischen Regierung sollte das allgemeine gleiche Wahlrecht bringen, so wurde es wohl dem Volke versprochen. Es ist aber nichts daraus geworden. Wir haben gestern schon dargelegt, daß weder von Allgemeinheit noch von wirklicher Gleichheit die Rede sein kann. Nur die direkte und geheime Abstimmung ist zugesagt, also nur Formales. Um die Allgemeinheit des Wahlrechts und um die völlige Gleichheit geht jetzt der Kampf. Zunächst muß verhütet werden, daß der bestehende Zustand verschlechtert werde — denn sogar widerwärtige Verschlechterungen bringt der Regierungsentwurf. Das Alter der Wahlberechtigten soll von 24 auf 25 Jahre heraufgesetzt werden! Zur Wahlberechtigung soll dreijährige Staatsangehörigkeit und ein einjähriger Wohnsitz in der Gemeinde (bisher 6 Monate) erforderlich sein! Das letztere ist eine Ungeheuerlichkeit, die sich direkt gegen die Arbeiterklasse richtet. Wen die wirtschaftlichen und die Arbeitsverhältnisse zwingen, von Halle nach Ammendorf zu ziehen, wird mit Verlust des Wahlrechtes für ein volles Jahr bestraft! Man denke nur, daß gerade nach dem Kriege die ungeheuerlichsten Arbeiterverschiebungen vor sich gehen werden. Und durch eine Aussperrung und schwarze Listen haben es die Unternehmer in der Hand, Tausende von Arbeitern um ihr Wahlrecht zu bringen. Millionen von heimkehrenden Soldaten werden an ihrem bisherigen Wohnorte keine Arbeitsgelegenheit finden oder sich anderswo verbessern wollen. Zum Umzuge kommt die Entziehung des Wahlrechts — gerade bei der nächsten wichtigen Wahl! So etwas wagt man jetzt der schaffenden Bevölkerung zu bieten! Hiergegen müßte der schärfste Widerstand aufgenommen werden.

Und dann die Verschlechterungen des Budgetrechts des Abgeordnetenhauses. Die Regierung soll die „notwendigen" Ausgaben auch machen können, selbst wenn die Volksvertretung den Etat noch nicht bewilligt hat! Damit wird dem Parlament der Kopf abgeschlagen. Man gibt der Volksvertretung ein etwas besseres Wahlrecht, aber man nimmt ihr zugleich das Kernstück ihres politischen Einflusses! So wird jeder Fortschritt durch den Rückschritt verwässert. — Das Herrenhaus behält man bei. In ihm wird durch „Reform" eine agrarisch-feudale Mehrheit unbedingt sichergestellt, dann kann es bremsen. Es erhält überdies ein erweitertes Budgetrecht, jawohl, das Herrenhaus!

Wir werden nächster Tage die Einzelheiten gehörig betrachten; heute sei wiedergegeben, was die Regierung in ihrer Begründung der Vorlage über das Stimmrecht sagt. Da stehen viele schöne, treffende Worte darin, freilich verbrämt mit den üblichen Regierungsauffassungen. Die Worte sind gesagt, um den Anschein zu erwecken, als brächte die Vorlage wirklich dem Volke die vollendete Rechtsgleichheit.

Also hören wir!

Die Begründung der Wahlreformvorlagen besagt:

„Der Krieg, der auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens unseres Volkes seine tiefgreifenden Wirkungen äußert, führt auch dazu, die Grundlagen der staatlichen Verfassung Preußens eingreifend zu verändern. Der Krieg fordert von dem preußischen Volke die höchsten Opfer, für die Allgemeinheit und ist zum Prüfstein für die Tiefe seiner Vaterlandsliebe und seines Staatsbewußtseins geworden. Er hat es opferwillig und staatstreu gefunden, das Maß der staatsbürgerlichen Beteiligung des Volkes an den staatlichen Geschäften muß daher vom Standpunkt gesteigerten Vertrauens nachgeprüft und neu gestaltet werden. Nicht um eine Belohnung des Volkes für die dargebrachten Opfer und die staatstreue Haltung kann es sich dabei handeln; es handelt sich vielmehr um einen Akt des Vertrauens in das Volk, das in den schweren Schicksalen des Krieges seine Reife erwiesen hat. Das ist die alleinige ethische Begründung für den Schritt, der mit der Einräumung des gleichen Wahlrechts zum Hause der Abgeordneten erfolgt.

Mit diesen grundlegenden Erlassen zieht die preußische Krone die große innerpolitische Folgerung dieses Weltkrieges. Wie auch sonst bei großen Reformhandlungen, die die einzelnen Perioden der preußischen Staatsgeschichte kennzeichnen, so hat auch in dieser bedeutsamen Frage die Krone die Führung übernommen.

Die Zeit nach dem Kriege wird den preußischen Staat vor Aufgaben stellen, deren Schwierigkeit alles bisher gekannte Maß übertrifft, vor Aufgaben, die an die Opferwilligkeit, an die Organisationskraft, an das soziale Empfinden, an die Arbeitsfreudigkeit des Volkes gewaltige und völlig neue Anforde-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171127-15/fragment/page=0001

rungen stellen werden. Ist das Volk durch den Weltkrieg, der seine Kräfte aufs höchste angespannt und unterschiedslos von jedem einzelnen Staatsbürger die gleichen Leistungen, die gleichen schweren Opfer für Bestand und Zukunft des Vaterlandes gefordert hat, über das Bestehen des Klassenwahlrechts hinausgewachsen, so wird diesem reif gewordenen Volke die Mitwirkung an der Fülle jener Staatsaufgaben auf dem Boden staatsbürgerlicher Rechtsgleichheit ohne Bedenken anvertraut werden können. Das unumschränkte Vertrauen in das Volk, auf dem die Einräumung des gleichen Wahlrechts beruht, wird der Lösung jener neuartigen Aufgaben zugute kommen. Sie wird getragen sein von dem allgemeinen Vertrauen und Verständnis des Volksganzen, dessen sie unbedingt bedarf. So führt der Krieg das Interesse des Bevölkerung an einer durchgehend gleichen Verteilung der politischen Rechte und das Interesse des Staates an der wahrhaft volkstümlichen Bewältigung größter und schwerster künftiger Friedensaufgaben auf dem Boden des vorliegenden Wahlgesetzes zusammen."

Die Begründung rühmt dann die hohen Leistungen des bisherigen Abgeordnetenhauses, das den Staatsnotwendigkeiten stets voll gerecht geworden sei und dessen Arbeit sich an der Widerstandsfähigkeit des Vaterlandes gegenüber dem Ansturm einer Welt von Feinden bewährt habe. Aber die Fähigkeit des Volks zu erweiterter Mitarbeit sei im Kriege so deutlich offenbar geworden, daß danach die Einräumung des unmittelbaren, gleichen und geheimen Wahlrechts unabweisbar geworden sei. Die Reformbedürftigkeit des preußischen Wahlrechts habe seit langem feingefühlen. In einem derartig geistig durchgebildeten, wirtschaftlich organisierten, sozialbewußten und politisch geschulten Volke, wie das preußische sei, könne die Steuerleistung kein zureichender Maßstab für die Bemessung politischer Rechte mehr sein. „Die Gründe, die in den vergangenen Friedensjahren von der Staatsregierung und großen Parteien gegen das gleiche Wahlrecht geltend gemacht worden sind, sind durch die Lehren und Erfahrungen des Krieges überholt."

Die Begründung schließt mit einer durchschlagenden Kritik am Dreiklassenwahlrecht und einer entscheidenden Beweisführung für die Rechtsgleichheit; sie sagt:

„Das Dreiklassenwahlrecht hielt die Mitwirkung der minderbemittelten breiten Volksmassen an den Staatsgeschäften in engen Grenzen zugunsten eines starken politischen Einflusses der zahlenmäßig schwächeren bemittelten Volksklassen. Das gleiche Wahlrecht legt das volle Gewicht politischen Einflusses, wie er in den Wahlen zum Abgeordnetenhause verwirklicht wird, auch in die Hände der minderbemittelten Volksschichten, die in ihrer zahlenmäßigen Ueberlegenheit damit zu einer entsprechend kräftigeren Einwirkung auf die Gesetzgebung im Staate gelangen. Der an sich nicht unberechtigte Grundsatz, daß die politischen Rechte im Staat nach den Leistungen für den Staat bemessen werden sollen, ist oftmals für die Aufrechterhaltung des Dreiklassenwahlrechts geltend gemacht worden, wiewohl seit der Einführung dieses Wahlrechts je länger je weniger ausschließlich und einseitig die Zahlung der direkten Steuern zum Maßstab der öffentlichen Leistungen überhaupt genommen werden konnte. Im gegenwärtigen Zeitpunkt führt gerade die Anerkennung jenes Grundsatzes mit Notwendigkeit zur Einführung des gleichen Wahlrechts. Die Jahre dieses Krieges haben von jedem Staatsbürger Leistungen gefordert, denen gegenüber quantitativ wie qualitativ jeder Versuch der Abstufung, der unterschiedlichen Bewertung versagen muß. Die Härten des Wirtschaftskrieges haben die gesamte Bevölkerung ohne Ausnahme betroffen, der Lebenshaltung eines jeden so fühlbare Opfer und Entbehrungen auferlegt, daß die Steuerzahlungen sowohl an objektivem Wert für den Staat wie auch am subjektiven Wert für die individuelle Leistung gegenüber den Lasten und Leistungen gerade auf wirtschaftlichem Gebiet zurücktreten. Staat und Reich haben zur Kriegszeit restlos die Kraft und den Willen jedes einzelnen für die öffentlichen, die vaterländischen Zwecke ohne Unterschied und ohne jede Rücksicht auf physische und wirtschaftliche Beeinträchtigung in Anspruch nehmen müssen. Der öffentliche Wert dieser allgemeinen Arbeitsleistungen und Opfer gestattet überhaupt keinerlei urteilende Bemessung. Hoch darüber stehen jedem Maße entrückt, die Verluste kostbarem Menschenlebens, die unterschiedslos unheilbares Leid auf Arm und Reich gelegt haben. Das dem Vaterlande geflossene Blut, diese letzte und höchste Leistung, die der Staat vom Bürger fordert, ist größten unmeßbaren Wertes. Die preußischen Männer, die es auf dem Felde der Ehre vergossen, haben Zeugnis abgelegt dafür, daß die dem Staate gebrachten Opfer aller Bürger eines gleichen Wertes sind, daß der Staat auf dem Unterschied öffentlicher Geldleistungen künftig Abstufungen der politischen Rechte nicht mehr gründen kann. Der gute preußische Grundsatz, daß die Leistung für den Staat den Rechten im Staat das Maß setzen soll, tritt heute dem gleichen Wahlrecht zur Seite."

•

Ein Wahlreform-Block?

Freisinnige Blätter meinen, die Wahlreformfreunde sollten einen Block bilden. Das Berliner Tageblatt sagt:

„Die reformfreundlichen Parteien werden aber nur dann in absehbarer Zeit etwas erreichen, wenn sie sich, wie im Reichstag, auch hier zusammentun und von vornherein, sachlich und taktisch, ein festes Programm aufstellen, nach dem sie zu handeln gedenken. Es ist keine Zeit zu Sentimentalitäten oder parteipolitischen Sonderzwecken, es geht jetzt ums Ganze."

Ja, es könnte ums Ganze gehen, wenn die bürgerlichen Linksparteien „das Ganze" wollten! Aber sie wollen es ja nicht! Sie wollen das Halbe, sie wollen „besonnene Reform" — und wünschen deshalb, daß sich die Sozialdemokraten ihrem Hofprogramm anschließen sollen. Die Sozialdemokraten sollen auf ihre „parteipolitischen Sonderzwecke" verzichten! Das wirklich allgemeine, gleiche Wahlrecht ohne jede Einschränkung und Fessel nennt man „parteipolitischen Sonderzweck". Nein, es ist eben — das Ganze! Und deshalb sollen sich die bürgerlichen Linksparteien der sozialdemokratischen Forderung anschließen.

Die Abhängigen freilich fallen sofort auf den liberalen Lockruf herein. Die regierungssozialistische J. K. erklärt sich begeistert für eine Verständigung. Man wird ja sehen, ob sich die Fraktion der Abhängigen auf Kompromisse und Rechtsverzichte einlassen wird.

•

Die Aeußerungen der Presse.

In den bisher meist nur kurzen Besprechungen der preußischen Reformvorlage kommt auf der linken Seite eine Reihe von Bedenken zum Ausdruck, die nur sehr bedingte Befriedigung ausdrücken. Das Berliner Tageblatt erinnert besonders daran, daß bei der Wahlreform wesentliche Einschränkungen bestehen bleiben sollen und daß die Reform des Herrenhauses namentlich dadurch sehr entäuscht, daß dabei die Arbeiter ganz vergessen seien. Es schreibt dann:

„Und endlich: die Voraussetzung für die aktive Wahlberechtigung soll ein einjähriger Aufenthalt in der Wahlgemeinde sein, während man bis jetzt nur die Hälfte dieser Zeit dazu nötig hatte. Das ist ein ganz unzulässiger Rückschritt. Denn damit werden alle mehr minder fluktuierenden Elemente, vor allem die Land- und Industriearbeiter, dann aber auch alle zum Ortswechsel genötigten Wähler, entrechtet. Dieses Moment würde sich gerade bei der nächsten Wahl, wenn es sich um den ganz neuen Landtag handelt, peinlich bemerkbar machen, da bei der Umstellung unseres gesamten wirtschaftlichen und sozialen Lebens nach dem Kriege eine Bevölkerungsbewegung eintreten wird, wie wir sie bisher noch nicht gekannt haben. Dabei muß noch eine Bestimmung kritisiert werden, die sich speziell gegen Berlin richtet: „In Gemeinden, die in mehrere Wahlbezirke geteilt sind, tritt der Wahlbezirk an die Stelle der Gemeinden." Da allein die Stadt Berlin in mehrere Einzelwahlkreise zerfällt, so verzieht der Berliner Bürger, der in einen anderen Wahlbezirk verzieht, sein Wahlrecht auch wenn er in der Stadt selber wohnen bleibt. Das stellt ein Ausnahmegesetz gegen Berlin dar. Es hat den Anschein, als ob man durch derlei Konzessionen der Rechten das gleiche Wahlrecht annehmbar machen will."

In der Vossischen Zeitung werden ähnliche Bedenken laut, dazu wird auch dagegen polemisiert, daß die alten Wahlbezirke unverändert bleiben sollen.

In der konservativen und alldeutschen Presse wird der Abneigung gegen die Gesetzentwürfe zum Teil in recht drastischen Worten Ausdruck gegeben. Das geschieht zunächst in der Deutschen Zeitung, die sich besonders die Begründung der Vorlagen vornimmt. Da heißt es z. B.:

„Es ist peinlich, wenn Kinder etwas auffagen sollen und schmählich stecken bleiben. Peinlicher, wenn preußische Staatsminister Gesetzesvorlagen mit inhaltlosen Phrasen „begründen" wollen."

Zum Wahlrecht selbst sagt dasselbe Blatt höhnisch: „Denn von dem bisherigen Wahlrecht zum gleichen ist nun ein elegischer großer Hechtsprung zum Fenster der Vernunft hinaus erforderlich. Herr Drews bringt ihn zuwege."

Schließlich wird die im Gesetz vorgesehene Beschränkung des Wahlrechts als eine „Rosine für die Reaktionäre" bezeichnet und gesagt: „Vielleicht, daß diese „reaktionäre" Rosine in dem demokratischen Kuchen den Zweck hat, wenigstens eine scheinbare Unzufriedenheit bei der Linken zu ermöglichen, die sonst wirklich mit dem Entwurf zufrieden sein kann."

Auch der nationalliberale Deutsche Kurier behauptet, diese Beschränkungen seien „praktisch nur von geringfügiger Bedeutung". Sonst wird auch hier die Begründung als vollständig unzureichend hingestellt und erklärt:

„Wenn aber die Regierung, was kaum anzunehmen ist, in der Kommissionsberatung zur Stützung des neuerdings von ihr vertretenen Standpunktes nicht ganz wesentliche, bislang zurückbehaltene Gründe anführen kann, so wird sie die Mehrheit des Landtags gewiß nicht von seiner Ueberzeugung abbringen, daß zur die spezifischen Aufgaben, die Preußen zu lösen hat, unbedingt eine andere Zusammensetzung des Parlaments nötig ist als im Reich."

Schon nach diesen Aeußerungen wird man sich ein Bild machen können von dem frisch-fröhlichen Krieg, der um das Wahlrecht jetzt wird ausgefochten werden müssen. — Bemerkt sei nur noch, daß der Vorwärts ungeachtet der Mängel und Fehler der Vorlage sich von ihr im ganzen befriedigt erklärt! Das hätte man sich nach allem Vorhergehenden fast denken können.

Kundgebungen für den Frieden.

Auf verschiedenen Plätzen Berlins haben am gestrigen Totensonntag Volkskundgebungen für den Frieden stattgefunden, die namentlich im Norden der Stadt einen bedeutenden Umfang annahmen. Die Menge, die sich nach guter, alter Gewohnheit von allen Ausschreitungen fernhielt, bewegte sich unter Hochrufen auf den Frieden und auf Karl Liebknecht durch die Straßen. An der Ecke Spandauer und Kaiser-Wilhelm-Straße kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, der wohl auf überflüssige Absperrungsmaßnahmen zurückzuführen ist und zu einigen Verhaftungen führte. Da das ganze Wolk in dem Ziel, der Herbeiführung des Friedens, mit den Demonstranten einig ist und sich diesem Bestreben innerhalb des Reiches keine beachtenswerten Widerstände entgegenstellen, liegt kein Grund vor, solche Kundgebungen als „gefährlich" zu behandeln. Sie sind nur der Widerhall der großen Zeitereignisse innerhalb einer zur Selbstdisziplin erzogenen Bevölkerung. Wir würden uns freuen, bald von ähnlichen Kundgebungen aus Paris und London berichten und sagen zu können, daß der Friedenswille des Volkes auch dort auf die auswärtige Politik des Landes einen starken Einfluß gewonnen hat, wie jetzt schon in Deutschland. Dann wird es nicht mehr weit zum Frieden sein! (Vorwärts.)

Der Polizeibericht über die Kundgebungen.

Berlin, 25. November. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat auch am gestrigen Totensonntag im Norden und Osten Berlins Kundgebungen auf der Straße zu veranstalten versucht. Ansammlungen von einigen hundert Personen schlossen sich, vom Weddingplatz und vom Schlesischen Bahnhof aus, schließlich am Bülowplatze zusammen und versuchten, von dort in das Stadtinnere zu gelangen. Die Menge stieß am Neuen Markt mit der Polizei zusammen, wobei neun Zwangsgestellungen (der neue Ausdruck für Sistierungen) erfolgten. Das Straßenbild war am späten Nachmittag wieder wie gewöhnlich. (W. T. B.)

Aus der Schutzhaft entlassen.

Nachdem die Braunschweiger Genossen Sepp Oerter und Genzen drei Monate in Schutzhaft waren, hatten sie auf Grund des Schutzhaftgesetzes vom Dezember 1916 das Recht, ihre Sache durch das Reichsmilitärgericht nachprüfen zu lassen. Verhaftet wurden sie anläßlich des Streiks vom 18. August dieses Jahres. Am letzten Freitag wurde die Sache vor dem Reichsmilitärgericht verhandelt. Die Vertretung der Verhafteten erfolgte durch Rechtsanwalt Dr. Herzfeld-Berlin. Als Zeugen waren geladen: Regierungsrat Sommer, Polizeihauptmann v. Münchhausen, Oberwachtmeister Schulze, Wesemeier, Stegmann, Engelberg, Günther, Frau Schimkowiak und Frau Zink (Braunschweiger Konservenfabrik), Direktor Kraft von derselben Fabrik, ein Gendarm und Arbeitersekretär Steinbrecher. Der Beschwerde wurde stattgegeben und Oerter wie Genzen aus der Schutzhaft entlassen.

Die französischen Sozialisten gegen Clemenceau.

Am 15. November trat die französische sozialistische Fraktion zu einer Beratung zusammen, um zum Ministerium Clemenceau Stellung zu nehmen. Sie nahm folgende Entschließung an:

„Die Fraktion und der Verwaltungsausschuß bekräftigen ihre vorherigen Entschließungen über die ministeriellen Krisen, und stellen fest, daß die Partei einheitlich vorgehen wird. Sie beauftragen ihre Delegation, die Verhandlungen mit den Radikalen (Linksliberalen) und den Sozialisten-Radikalen (sozialpolitisch gesinnten Linksliberalen) fortzusetzen, um ein Programm der nationalen Wohlfahrt aufzustellen, das die französische Demokratie verwirklichen soll."

Renaudel erklärt in der Humanité: Clemenceau hat nur eine Anzahl wohlstilisierter Phrasen vorgebracht und sich einige unpassende Späße erlaubt. Auf keine der vorliegenden Interpellationen hat er tatsächlich wesentlich geantwortet. — Thomas bekämpft im gleichen Blatte die Ausführungen Clemenceaus über die Gesellschaft der Nationen. Die Sozialisten ersähen daraus, daß sie der Oeffentlichkeit beweisen müßten, daß die von den Sozialisten vorgeschlagenen Lösungen die einzig richtigen seien. — Sembat erklärt in der Lanterne, wenn Clemenceau auch die Mehrheit gewonnen habe, so werde der Umschwung in der Kammer doch nicht auf sich warten lassen. Die Kammer habe sein Programm nicht annehmen können, da er keines entwickelt habe. In der Bataille sagt Jouhaux, die Worte Clemenceaus über die Gesellschaft der Nationen würden in den Herzen aller Arbeiter schmerzlichen Widerhall finden. Die Arbeiter hätten ihre ganze Hoffnung auf diese Formel gesetzt.

Was die schwedische Presse aus Finnland meldet.

Stockholm, 24. November. Nach Nachrichten aus Finnland herrscht dort stets zunehmende Anarchie. „Das Aufreizen der Roten Garden, deren Tätigkeit in Haussuchungen, Verhaftungen, Plünderungen und Gewalttaten besteht, erweckt allgemeine Verbitterung. In Oelsingfors wurden bisher 44 Menschen ermordet. Der Aufstand ist zwar im Abnehmen begriffen, aber die Revolution will nicht aufhören. Die Sozialisten sind nicht mehr Herren der Lage. Die Hälfte des Volkes gehorcht keiner Autorität mehr. Eine wirkliche Regierung gibt es augenblicklich nicht. Die finnische Staatskasse ist geleert bis auf 7 Millionen, den Ertrag von verkauften Staatswäldern, aber auch diese sind bald verbraucht. Zu alledem kommt der immer bedrohlicher werdende Mangel an Lebensmitteln. Die Teilnahme der schwedischen Oeffentlichkeit an dem unglücklichen Zustande des Nachbarlandes tritt immer deutlicher hervor. Heute erklärt Svenska Dagbladet, daß sich Schweden von dem außerordentlichen Notstande, der Finnland droht, nicht unberührt zeigen könne. Die Lage müsse vielmehr das allgemeine Gefühl erwecken, daß irgend etwas geschehen müsse. Die Schwierigkeit sei nur, den rechten Weg für die Hilfe zu finden. Sache der schwedischen Regierung sei es, die Initiative zu ergreifen. Das Gefühl, daß Schweden in dieser Hinsicht Verpflichtungen habe, sei allgemein.

Ums tägliche Brot.

Die Bergarbeiter fordern eine Erhöhung der Kartoffelration.

Aus Essen wird vom 25. November gemeldet: Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, die polnische Berufsvereinigung und der Gewerkverein für Fabrik- und Handarbeiter haben an den Reichsernährungsamt eine Eingabe gerichtet, in der dringend um Erhöhung der wöchentlichen Kartoffelration auf 10 Pfund ersucht wird. Die Kartoffelernte sei in diesem Jahre so gut gewesen, daß die zehn Pfund bei gutem Willen wirklich geliefert werden könnten. Wenigstens müsse die Menge der Bevölkerung der Großstädte und Industriebezirke zur Verfügung gestellt werden. Auch gegen die sich bemerkbar machenden Wucherpreise für Kartoffeln müsse eingegriffen werden.

Die Erhöhung der Kartoffelration ist nicht nur für die Bergarbeiter eine Forderung, sondern für die gesamte werktätige Bevölkerung.

Kein Dörrobst mehr fürs Volk. Folgendes wird bekanntgegeben: Um den starken Bedarf des Heeres und der Marine an Dörrobst, der bisher nicht gedeckt werden konnte, zu befriedigen, hat die Reichsstelle für Gemüse und Obst den sofortigen Aufkauf aller erreichbaren Mengen von Dörrobst durch die Landes- und Bezirksstellen angeordnet. Ein Fünftel der Mengen soll zur Versorgung der Zivillazarette und Krankenhäuser verwendet werden. Falls zu befürchten ist, daß durch den Schleichhandel die geplanten Aufkäufe durchkreuzt werden, sind die Landesobststellen befugt, Versorgungsbeschränkungen usw. für Dörrobst zu erlassen. Ferner ist das Absatzverbot für Dörrobst dahin erweitert worden, daß aller Absatz von Dörrobst verboten ist. Das Verbot gilt für alle gewerbsmäßigen und nicht gewerbsmäßigen Hersteller von Dörrobst.

Unerhörte Preisforderungen der Motoren-Industrie. Die Motorenindustrie scheint den starken und dringenden Bedarf zur kräftigen Schröpfung des Reichs ausnützen zu wollen. Obwohl die Aktien aller Motorenfabriken im ganzen Kriege — und ganz besonders wieder in den letzten zwei Wochen — gestiegen sind, verlangen die Unternehmer einen Preisaufschlag von 25 Prozent. Der Vorfall zeigt, was in der durch die besonderen Kriegsumstände bedingten Heimlichkeit der Kriegswirtschaft verlangt werden kann und wie schwach und nachgiebig die Beamtenschaft in den Unternehmerkreisen gelten muß.

Aus der Provinz.

Merseburg. Eine recht mäßige Erhöhung der Kriegsunterstützungen hat der Kreisausschuß den Kriegerfamilien zugebilligt. Er hat beschlossen, die Unterstützungen der Kriegsteilnehmerfamilien vom 1. November d. J. ab zu erhöhen, und zwar in der Weise, daß jede unterstützungsberechtigte Person — ohne Rücksicht auf etwa bereits bezogene Kreis- oder Gemeindezuschüsse — eine Zusatzunterstützung von 5 Mark monatlich erhält. Diese Zulage gelangt am 1. November bis einschl. 15. Dezember zur Auszahlung. — Dieser geringen Erhöhung sei nur die Tatsache gegenübergestellt, daß z. B. der Gemeinderat von Gera die Unterstützungssätze für Kriegerfamilien in den einzelnen Abteilungen um moratlich 10—10 Mark erhöhte.

— Größere Sturmschäden hat auch hier die Sonntagnacht gebracht. So wurden u. a. ganze Ziegeldächer abgedeckt und zahlreiche Fensterscheiben zerschlagen, wodurch einige Personen verletzt worden sind.

Hettstedt. Rektor Busch gestorben. Am vergangenen Sonnabend ist nach längerem Leiden der Leiter der Stadtschule, der Kgl. Ortsschulinspektor Rektor Karl Busch, verstorben. Er war am 17. November 1847 zu Polleben geboren, hatte also vor kurzem sein 70. Lebensjahr vollendet.

Delitzsch. Ein großindustrieller Landtagskandidat. Eine Versammlung von Vorstandsmitgliedern der konservativen Partei für den Wahlkreis Bitterfeld-Delitzsch hat für den verstorbenen Landtagsabgeordneten Regierungspräsident a. D. von Werder den in weiten Kreisen bekannten Landrat a. D. Rötger in Bolkenhain aufgestellt. Landrat Rötger war, nachdem er aus dem Staatsdienst ausschied, lange Jahre Leiter der Kruppschen Werke in Essen und ist jetzt Vorsitzender des Zentralverbandes der Deutschen Industriellen in Berlin.

— Ein Käse wird in der städtischen Verkaufsstelle Zschernsgasse auf jeden Abschnitt Nr. 143 auf nachstehende Lebensmittelscheine abgegeben am: Mittwoch von 12¼—1 Uhr 491—595, 1—2 Uhr 596—700, 2—3 Uhr 701—805, 3—4 Uhr 806—910, 4—5 Uhr 911—1015; Donnerstag von 12½ bis 1 Uhr 1016—1120, 1—2 Uhr 1121—1225, 2—3 Uhr 1226—1320, 3—4 Uhr 1321—1435, 4—5 Uhr 1436—1540; Freitag von 12½—1 Uhr 1541—1645, 1—2 Uhr 1646—1750, 2—3 Uhr 1751 bis 1855, 3—4 Uhr 1856—1960, 4—5 Uhr 1961—2065; Sonnabend von 12½—1 Uhr 2066—2170, 1—2 Uhr 2171—2275, 2—3 Uhr 2276—2380, 3—4 Uhr 2381—2485, 4—5 Uhr 2486—2590.

Eilenburg. Ein frecher Bursche wurde auf dem hiesigen Bahnhof abgefaßt. Nachdem er, ohne auch nur den geringsten Auftrag dazu zu haben, zwölf Glühbirnen, die zur Beleuchtung der Bahnsteige dienen, entfernt und vereinnahmt hatte begab er sich nach dem Hühnerstall des Bahnhofsvorstehers, um unter dessen Hühnervolk aufzuräumen. Nachdem er schon ein Huhn abgeschlachtet hatte, wurde man aufmerksam und nahm ihn fest.

— Leichenlandung. In der Mulde unterhalb des Boberitzdammes wurde auf Thallwitzer Flur ein weiblicher Leichnam gelandet. Die Leiche liegt anscheinend schon längere Zeit im Wasser. Sie ist bekleidet mit schwarzem Jackett.

— Verschwunden ist seit Freitag nachmittag die 26jährige Fabrikarbeiterin Berta Messerschmidt, Hallische Straße 3a. In einem hinterlassenen Briefe, der sich in ihrer Tasche, die am Sonnabend früh an der Röhrenbrücke aufgefunden wurde, vorfand, gibt sie der Mutter, der Vater steht im Felde, die erschütternde Nachricht, daß sie sich das Leben nehmen wolle. Allem Anscheine nach hat sie ihren unseligen Entschluß auch ausgeführt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171127-15/fragment/page=0002

Bochum. Der Sturm als Feuerschützer. Durch den furchtbaren Sturm der letzten Tage ist im Tagebau Wehlenteich der Traunkohlen- und Briketts-Industrie-A.-G., Betriebsdirektion Emanuelgrube, ein größeres Feuer entstanden. Die ganze Kohle ist ein Feuer meer. Am Tage sieht man große Rauchwolken dahinjagen und nachts kommt das malerische Bild der Glut zur Geltung. Die Häuser des Südviertels sind, falls sich die Windrichtung dreht, sehr gefährdet.

Dommitzsch. Die Stadtverordnetenwahl am 24. November ging glatt von statten, jedoch wurde der „Burgfrieden" von dem Bürgerverein nicht gewahrt; denn als Gegenkandidat wurde unserem Genossen Bänisch ein Fleischermeister namens Franz Kitzig entgegengestellt. Der Bürgerverein kam jedoch nicht auf seine Kosten, denn unser Genosse Bänisch wurde wiedergewählt. In der Bürgervereinsversammlung wurde von einigen Herren erklärt, daß sie sich schämen müßten, wenn kein Gegenkandidat aufgestellt würde, und was machen sie nun, wo die Arbeiterschaft doch den Sieg davongetragen hat?

Collitzsch. Ein großer Brand brach Sonntag abend auf dem von Frau Petzsch bewohnten Gut aus, der sich bei dem herrschenden Sturme leider rasch verbreitete, so daß Gutshaus, Kuhstall und ein Schuppen Opfer der Flammen wurden. Die in dem Stalle befindlichen Tiere konnten glücklicherweise rechtzeitig geborgen werden.

Jena. „Zielbewußte Standesvertretung." Der Zusammenschluß sämtlicher thüringischen Feinkosthändler zu einem Gau Thüringen im Reichsverband deutscher Feinkostkaufleute ist von der Ortsgruppe Jena dieses Verbandes in die Wege geleitet worden. Zweck des Zusammenschlusses ist gemeinsamer Einkauf und zielbewußte Standesvertretung. Eine große Anzahl Firmen hat bereits den Beitritt angemeldet. — Die Käufer dürften bald erfahren, was diese zielbewußte Standesvertretung für sie zu bedeuten.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 27. November 1917.

Stadtverordnetenversammlung.

Den Glanzpunkt der kurzen Tagesordnung bildete die Annahme der bereits mitgeteilten Schenkung des Grundstücks Kirchtor Nr. 5 durch einen „unbekannten Wohltäter" an die Stadt Halle und ihren Oberbürgermeister Dr. Rive. Den etwas festlichen Rahmen, den die Stadtverordneten dazu stellten, schmückte Geheimrat Finger rednerisch aus, während der geehrte Oberbürgermeister Gelegenheit fand, mit der in der „fürstlichen Schenkung" angeblich zum Ausdruck gebrachten Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Halle „über ihn umschwirrende Gerüchte" niederzuschlagen. Die Stiftung wurde von den Stadtverordneten selbstverständlich und mit dem üblichen „herzlichsten Danke" entgegengenommen.

*

Eingeleitet wurde die Sitzung mit der Wiederwahl des Herrn Lindner zum unbesoldeten Stadtrat (mit 27 Stimmen).

Etatsüberschreitungen beim Schlacht- und Viehhof in Höhe von 18 178,67 Mk. wurden von der Versammlung anstandslos nachbewilligt. Die Summe verteilt sich auf die einzelnen Etats und Fonds wie folgt: 1. Schlachthof-Etat: 13 060,52 Mk.; 2. Viehhof-Etat: 23,95 Mk.; 3. Etat der Fleischverkaufshalle: 3614,43 Mk.; 4. Erneuerungsfonds des Schlachthofs 1479,76 Mk.

Annahme einer Stiftung. Der Mitinhaber der Firma Alex Michel, Herr Martin Michel, hier, Seebldtzstraße Nr. 25, hat der Stadtgemeinde Halle eine Stiftung von 5000 Mark zu gemeinnützigen Zwecken vermacht. — Die Stadtverordnetenversammlung nahm die Stiftung dankbar an.

Ein Gesuch der städtischen Hilfsarbeiter um Gewährung von Kriegsbeihilfen wurde sowohl vom Referenten des Sozialen Ausschusses, dem Stadtverordneten Kühme, wie auch von den Stadtverordneten — durch Uebergang zur Tagesordnung! — recht unsozial behandelt. Dabei mußte der Referent selbst Durchschnittslöhne von bei der städtischen Kriegshilfe beschäftigten weiblichen Angestellten von: 77 Mark feststellen. Gewiß eine Bezahlung, die in dieser Zeit maßloser Teuerung dringend einer Erhöhung bedürfte!

Die Schenkung des Grundstücks Kirchtor Nr. 5 an die Stadt und Dr. Rive im Betrage von 150 000 Mark fand dagegen selbstverständlich das Interesse der Stadtverordneten in ganz anderem Maße. Sie enthält, wie schon bekannt, im wesentlichen die Bestimmung, daß das ganze Grundstück (die derzeitige Wohnung des Oberbürgermeisters) künftighin dem Ersten Bürgermeister der Stadt Halle unentgeltlich zu seiner alleinigen Benutzung für Wohn- und Repräsentationszwecke angewiesen wird, der Genuß des Grundstücks darf jedoch dem Ersten Bürgermeister in keiner Weise auf seine Dienstbezüge in Anrechnung gebracht werden".

Der Spender, der nicht genannt sein will, ist, wie er sagt, zu seiner Schenkung veranlaßt worden durch zwei Gründe:

„Einmal will ich meiner Vaterstadt für alle Zeiten eine würdige Amtswohnung für den ersten Beamten unserer Stadt schaffen. Sodann möchte ich dem gegenwärtigen Amtsinhaber, Herrn Oberbürgermeister Dr. Rive in Würdigung des Guten und Schönen, was er für unsere Stadt geschaffen hat, die Möglichkeit geben, weiterhin in den ihm liebgewordenen Räumen zu bleiben."

An der Empfehlung der Annahme der Stiftung durch Stadtv. Steckner war besonders die Mitteilung interessant, daß sich „ein Teil der Stadtverordneten schon längst mit dem Gedanken getragen habe, das Grundstück zu erwerben und es dem Oberbürgermeister zum freien Bewohnen zur Verfügung zu stellen" — Geheimrat Finger feierte in schwungvollen Worten Stifter und Beschenkten, der „in klarem Denken und zielbewußtem Wollen das Steuer der Stadt stets mit fester Hand geführt und dem Halle soviel Gutes und Schönes zu danken habe". — Auf den poetischen Redeschmuck des Herrn Geheimrats folgte der Oberbürgermeister mit elegischer Prosa. Er führte die staunenden Stadtväter in die rauhen Niederungen des grauen Daseins zurück, wo üble Verleumdung selbst einen Oberbürgermeister nicht verschont. . . Bei doch „die ganze Stadt voll von Gerüchten", daß man beim Oberbürgermeister eingebrochen und allerlei gute Sachen „die schwere Menge" gestohlen habe. Darunter nicht weniger als 17 Zentner Butter, einige Zentner Mehl und dergleichen Kostbarkeiten mehr. Ein ganzes Faß Petroleum sei weiter gebraucht worden, um all die leckeren Dinge, die man zurücklassen mußte, ungenießbar zu machen. Alles das, was sich da die Leute erzählten, sei erfunden und erlogen. Es sei niemand versucht, bei ihm einzubrechen. So schlechte Pfischologen seien die Spitzbuben denn doch nicht, um bei einem Manne einzubrechen, der der Kriegskost bis jetzt schon mehr als 45 Pfund Gewichtsverlust geopfert habe. Die Verleumder ständen zudem auf einem viel tieferen moralischen Niveau, als die Diebe. — Von der Stiftung, soweit sie ihn beträfe, hoffe er, daß sie, als ein Ausfluß von schöner Bürgertugend, mit dazu beitragen möge, das Band zwischen den Bürgern der Stadt Halle und ihrem Oberbürgermeister nur immer fester zu knüpfen. — Mit Worten des Dankes übernahm hierauf Vorsteher Keil im Namen der Stadtverordneten die „großartige Schenkung". Womit die Sitzung schloß.

Städtische Eigenbetriebe.

Allmählich kommen mehr Städte und Kommunalverbände dazu, sich Grund und Boden für große landwirtschaftliche Betriebe zu sichern, um einesteils die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sicherzustellen und andernteils auf die Preisbildung der Ware bestimmend einwirken zu können. Schon vor dem Kriege wirkte in dieser Hinsicht das Vorgehen der Stadt Ulm vorbildlich. Während des Krieges hat eine ganze Anzahl Städte Landgüter erworben, um Landwirtschaft zu treiben. Die Stadt Dortmund hat schon zu Beginn des Krieges in den Weiden an der Rhön im Bereich ihres Wasserwerks einen großen landwirtschaftlichen Betrieb eröffnet. Jetzt ist sie aber weiter gegangen; sie hat vom oldenburgischen Staat 6000 Morgen Hochmoorfläche erworben, um sie zu kultivieren und zu bewirtschaften. Die Kultivierung der Hochmoore mit den modernen Mitteln der Technik ist überaus erfolgreich und gewinnbringend. Soviel steht fest, hätte der Staat vor Jahrzehnten die Kultivierung der Oedländereien und Moore sehr ernstlich betrieben, um unsere Volksernährung stände es während des Krieges entschieden besser. Das vorige Jahr hat als Mißerntejahr gegolten; aber in den Moorkulturen im Nordwesten hat man immer noch pro Morgen 100 bis 125 Zentner Kartoffeln geerntet, während im Reichsdurchschnitt schon 80 bis 90 Zentner pro Morgen als gute Ernte gilt. Ein anderes Beispiel: Dort im Moor im Nordwesten ist ein neues Gut angelegt worden, das voriges Jahr sein erstes Erntejahr hatte. Die Kosten für den Erwerb von Grund und Boden, die Kosten für Inventar und sämtliche Kulturarbeit und die Kosten für die notwendigen Gebäulichkeiten wurden durch den ersten Ernteertrag glatt gedeckt und überdies noch ein reiner Ueberschuß von 85 000 Mark gemacht. Da sieht man, wie die Landwirtschaft und auch die Kultivierung des Moores sich lohnt. Die Stadt Dortmund gedenkt auf ihrem Besitz neben Ackerwirtschaft auch Viehwirtschaft zu treiben; sie ist in der Lage, dort 7000 Stück Rindvieh und 20 000 Schweine zu halten. Der Besitz eignet sich ferner für die Errichtung von Fürsorgeanstalten und Ferienheimen. Die Verkehrsverhältnisse sind günstig; die erzielten Produkte können mittels Bahn, aber auch mittels Schiff über den Kanal nach Dortmund gebracht werden. Es mag auch erwähnt werden, daß die in Deutschland vorhandenen Moorflächen etwa die Größe des Königreichs Württemberg haben. Die Nachkriegsjahre sehr stark, und in einigen Jahren wird wildes Moor nicht mehr zu haben sein. Der Abbau der mächtigen Torflager (Streutorf und Brenntorf) kann nach freier Entschließung neben der Landwirtschaft betrieben werden.

Neue Bekanntmachungen.

Der Verkauf von Haferflocken für Kinder und Jugendliche wird am Mittwoch in der Talamtschule fortgesetzt.

Rapsspinat wird in der Talamtschule ebenfalls noch verkauft.

* **Vom Hausarbeitsgesetze sind durch kaiserliche Verordnung die §§ 3, 4 vom 1. Januar 1915 an in Kraft gesetzt** worden. Durch diese Paragraphen wird, worauf die Polizeiverwaltung hinweist, vorgeschrieben, daß in denjenigen Räumen, in welchen Arbeit für Hausarbeiter ausgegeben oder Arbeit solcher Personen abgenommen wird, den Hausarbeitern durch offene Auslage von Lohnverzeichnissen oder Aushängen von Lohntafeln die Möglichkeit gegeben sein muß, sich über die für die einzelnen in diesen Räumen zur Ausgabe gelangenden Arbeiten jeweilig gezahlten Löhne zu unterrichten, und daß derjenige, welcher Arbeit für Hausarbeiten ausgibt, verpflichtet ist, hierbei denjenigen, welche die Arbeit entgegennehmen, auf seine Kosten Lohnbücher oder Arbeitszettel auszuhändigen, welche Art und Umfang der Arbeit sowie die dafür festgesetzten Löhne oder Preise enthalten. Diese Bestimmungen gelten indessen nicht für Werkstätten, in denen ausschließlich für den persönlichen Bedarf des Bestellers oder seiner Angehörigen gearbeitet wird (Werkstätten selbständiger Meister, die allein oder nur mit Familienmitgliedern arbeiten), und sie gelten nicht für das Ausarbeiten neuer Muster. — Allgemein ist endlich wiederrufsich zugelassen, daß von der Möglichkeit, sich über die gezahlten Löhne zu unterrichten, (§ 3 des Gesetzes) abgesehen werden kann bei der Ausgabe von Arbeiten, die nach besonderer Angabe des Bestellers auszuführen sind und von den durch Namen, Nummern, Musterstücken, Zeichnungen und dergleichen für den Verkauf festgelegten Grundmustern wesentlich abweichen, solange sie nicht durch Wiederholung [illegible]ige Verkaufsgegenstände geworden sind. Keine Arbeit darf unter mehr als einer Nummer oder mehr als einem Kennwort in die Lohnverzeichnisse eingetragen werden.

* **Ferien-Ordnung im Schuljahr 1918/19.** Für alle Schulgattungen in den Orten mit höheren Schulen oder Lehrer- (Lehrerinnen-) Seminaren in der Provinz Sachsen ist, wie der Mobilmachungsausschuß vom Roten Kreuz bekanntgibt, nachstehende Ferienordnung festgesetzt worden. Osterferien 16 Tage vom 23. März bis 9. April, Pfingstferien 6 Tage vom 17. Mai bis 24. Mai, Sommerferien 31 Tage vom 5. Juli bis 6. August, Herbstferien 11 Tage vom 28. September bis 10. Oktober, Weihnachtsferien 16 Tage vom 21. Dezember 1918 bis 7. Januar 1919. Schluß des Schuljahres: Sonnabend, den 12. April 1919. Das erste Datum gibt jedesmal den Tag des Schulschlusses, das zweite den Tag des Unterrichtsbeginns an. Für die Stadt Halle werden die Sommerferien vom 12. Juli bis 13. August festgesetzt. Am 25. März findet nur Abschlußfeier und Zeugnisverteilung statt; am 17. Mai und am 5. Juli ist der Unterricht völlig durchzuhalten; am 28. September und am 21. Dezember dauert der Unterricht bis 11 Uhr.

* **Einschränkungen im Feldpostverkehr.** Amtlich wird mitgeteilt: Wegen der großen Beförderungsschwierigkeiten werden Privatsendungen im Gewicht von über 50 Gramm (Feldpostpäckchen) an Heeresangehörige und zwar ohne Unterschied, ob die Sendungen an Heeresangehörige im Felde oder an Angehörige im Inlande befindlicher Truppen gerichtet sind, für die Zeit vom 15. bis einschl. 24. Dezember von den Postanstalten weder angenommen noch befördert. Die gleiche Verkehrsbeschränkung tritt mit Rücksicht auf den Neujahrsbriefverkehr wie im Vorjahr für die Zeit vom 29. Dezember bis einschl. 2. Januar ein. Das Publikum wird gebeten, mit der Auflieferung von Sendungen mit Weihnachtsgaben an Heeresangehörige nicht bis zu den letzten Tagen vor Eintritt der Sperre zu warten, sondern die Sendungen möglichst schon in den ersten 8 Tagen des Dezember aufzuliefern, da für später eingelieferte Sendungen kaum die Möglichkeit besteht, sie bis zum Weihnachtsfeste den Empfängern zuzustellen.

* **Wiederverwertung von Stoffabfällen.** In letzter Zeit wird in der Presse vielfach zur Sammlung und Ablieferung von Alt-Textilen (Lumpen und Stoffabfällen) aufgefordert, um diese einer Verabreichung für Zwecke der Versorgung Bedürftiger mit Unterkleidung oder dergl. zuzuführen. Amtlich wird darauf hingewiesen, daß sämtliche Bestände an Lumpen und neuen Stoffabfällen auf Grund der Bestimmungen der Bekanntmachung W. IV 900/4. 16 K.R.A. beschlagnahmt sind und eine Veräußerung von Verarbeiter, selbst wenn die Verarbeitung für wohltätige Zwecke erfolgen soll, verboten ist. Die Wiederverwertung solcher Abfälle ist von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Kgl. Preußischen Kriegsministeriums geregelt.

* **Im Stadttheater kommt heute, Dienstag, den 27., Sternheims Lustspiel Perlberg zur Aufführung.** Mittwoch Die verkaufte Braut, Oper von Smetana, Donnerstag Der Waffenschmied von Lortzing, Freitag zum erstenmal Die Komödie der Irrungen, Lustspiel von Shakespeare. Am Sonnabend, den 1., wird nachmittags 3½ Uhr als Schülervorstellung Schillers Maria Stuart zu ermäßigten Preisen gegeben, abends 7½ Uhr, findet eine Aufführung der Pergolesischen Oper La Serva Padrona, in der Bearbeitung von Prof. Abert, und des Kleistschen Lustspiels Der zerbrochene Krug mit Leopold Schafe als Adam statt. Der Sonntag-Spielplan bringt nachmittags 3½ Uhr die Millöckersche Operette Der Bettelstudent als Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen, abends 7½ Uhr eine Wiederholung von Smetanas Oper Die verkaufte Braut.

26]

Der Sonnenwirt.

Roman von Hermann Kurz.

„Nein, nein!" riefen alle zusammen, „das kann man dir nicht nachsagen."

„Ich weiß wohl," fuhr der Kübler fort, „es geht knapp bei uns her, und Armut ist eine Haderkatz'. Wenn man vollauf hat, so kommt man viel leichter miteinander im Frieden aus. Aber meine Schuld ist's nicht, wenn's manchmal sogar am Kreuzer fehlt. Mein Weib mit ihrem abscheulichen Fluchen, wegen dessen sie gestraft worden ist, und mit dem Spektakel, den sie immer mit meinem Kind hat, schreckt die Leut' ab, daß sie nicht gern ins Haus kommen und lieber ihr' Sach wo anders mach lassen. Aber man darf den Herren nur etwas an die Kunkel stecken, und wenn's eitel Altweiberfäden wären, gleich machen sie ein Gespinst daraus. Mein Weib hat mit keinem Worte beweisen können, daß ich faul sei, und die Herren haben ihr eigentlich auch nicht geglaubt; und doch hat mir da der Pfarrer eine lange Predigt und Vermahnung geben, ich solle fleißig arbeiten, damit mein Weib keine Gelegenheit habe, über mich zu klagen. Ist das auch recht? Statt daß er mich in Schutz nimmt oder wenigstens meinem Weib anzeigt, sie solle beweisen, was sie wider mich sage, hilft er noch auf eine gewisse Art dazu, als ob das Geschwätz einen Grund hätt', und er weiß doch selber besser."

„Ja," lachte Friedrich, „wer vor Kirchenkonvent kommt, kriegt immer eine Vermahnung auf den Weg und eine Salbung, wenn sie auch gar keine Heimat hat. Für was wären denn die Herren da?"

„Das Ding hat mich so erzürnt," sagte der Kübler, „daß ich's gar nicht loswerden kann. Ich wär' vielleicht heut' abend zu Haus geblieben, denn ich hätt's wohl nötig, bin nicht mehr der lustig' und durstig' Küblerfritz, der ich in meinen ledigen Jahren und bei meinem ersten Weib gewesen bin. Aber der Pfarrer hat mir's angetan, der ist schuld, daß ich die Batzen in Wein aufgehen laß', anstatt zu sparen. Ich spür's in allen Gliedern, heut' nacht muß noch ein Rausch getrunken sein. Juhu! Komm, Frieder, stoß mit mir an. Du bist auf eine Art auch im gleichen Spittel krank mit mir."

Friedrich stieß an. „Alle böse Weiber sollen mit dem alten Jahr hinfahren!" rief er.

„Du bist übrigens heut' noch nicht am schlecht'sten pfeg'kommen, Kübler," sagte der Schütz, der inzwischen, von dem Invaliden und dann von Friedrich gleichfalls mit einem Glase Wein begrüßt, sich am Tische festhaft' statt, teils, weil es ihn bedünken mochte, hier sei's gut Hütten bauen, teils, weil er im Sitzen seine angehende Trunkenheit besser verbergen zu können glaubte. Dies gelang ihm auch, und er wurde sehr gesprächig, wobei er freilich zuweilen stark mit der Zunge anstieß, auch seine Amtsstimme über die Gebühr anstrengte, was jedoch auf dem Lande, wo jeder im Reden ein wenig schreit, nicht besonders aufzufallen pflegt. „Dem Küfer da drüben ist's nicht so gut gegangen," fuhr er fort, „den werdet ihr heut' abend noch nirgends gesehen haben."

„Nein, er ist ein stiller Mann," sagte der Bäcker, der sein Glas stehend am Ofen trank und seine Frau dann und wann ein wenig in der Bedienung ablöste; „man sieht ihn nie außerm Haus, als wenn ihm das Geschäft hinausführt, und am Fenster läßt er sich auch selten blicken. Er ist eingezogen, wie nicht leicht einer."

„Absonderlich heut'!" lachte der Schütz. „Da wär's eine Kunst für ihn, sich an seinem eigenen Fenster sehen zu lassen, und wo er jetzt ist, wird er freilich nicht gern ans Fenster gehen."

„Was? Ich will nicht hoffen!" rief der Invalide. „Ist er denn —"

„Eingezogen, wie der Beck bereits gesagt hat."

„Der Küfer ist eingesteckt?" riefen alle zusammen.

„Ach, er sitzt eben ein wenig bei mir im Hauszins," sagte der Schütz, „und frieren tut's ihn nicht, denn ich hab' ihm einen guten warmen Ofen gemacht; sonst tät' er's nicht aushalten die vierundzwanzig Stunden im Turn."

„Der Küfer im Turn!" rief alles. „Was hat er den getan?" fragte der Bäcker. „Der tut ja keinem Hühnle weh und ist so ein ruhiger Mann, daß es viel ist, wenn man nur in der Nachbarschaft merkt, ob er zu Haus ist, oder nicht."

„Was hat er gebosget?" fragte der Kübler.

„Er muß sein Weib doch sehr leif' geschlagen haben, wenn Ihr nichts davon gehört habt, Beck," sagte der Schütz.

„Ja was, so hab' ich's nicht gemeint," sagte der Bäcker; „natürlich, Stutz gibt's überall, auch in der stillsten Haushaltung."

„Ein Weib prügeln, das ist doch keine so besondere Sach'," riefen die andern durcheinander. „Und die Küferin," meinte einer, „hat's eben auch dann und wann nötig."

„Die Weiber," bemerkte der Bäcker, „müssen leidt (zuweilen) Streich' han', sonst meinen sie, man hab' sie nicht lieb."

„Aha, Beckin," riefen die Gäste, „hat er Euch seine Liebe auch schon bewiesen?"

„Nein, der Mein' macht nur Spaß," sagte sie, „mich hat er noch nie geschlagen."

„Und deswegen ist der Küfer im Turn kommen?" fragte der Müllerknecht.

„Bewahre!" antwortete der Schütz, „bloß vor Kirchenkonvent. Sein Schwäher, der Schneider, hat ihn beim Herrn Pfarrer verklagt, daß er, wie der Herr Pfarrer mir erzählt hat, sein Weib um nichtswürdiger Ursachen willen jämmerlich traktiert hab'. Also hat mich der Herr Pfarrer zum Herrn Amtmann geschickt. Der hat aber gleich gesagt, da werde es etwas setzen, denn der Küfer sei zwar in seinem Handwerk fleißig und kein übler Haushälter, aber sonst ein eigensinniger, hartnäckiger Gesell. Es ging auch so, wie der Herr Amtmann gesagt hatte, denn obwohl man mich zweimal zu ihm schickte, denn ich muß eben alles ausrichten, weil der Herr Amtmann den Amtsknecht fast ganz ins Haus braucht, als seinen Leibdiener, so kam er doch nicht, so daß ich ihn zu letzt mit zwei Männern hab' holen müssen. Das hat er aber wohlweislich vorausgesehen und sich in's Sternwirts Keller etwas zu schaffen gemacht, damit ihm der Spektakel nicht in seinem Haus über den Hals käm'."

„Und darum ist er in Turn kommen?" wiederholte der Müllerknecht.

„Nein, er hat dann böse Reden geführt, denn so still er sonst sein mag, so hat er vor Konvent das Maul weit aufgetan. Wie man ihm fürgehalten hat, warum er ungehorsam gewesen sei, hat er gesagt, er habe vor dem Kirchenkonvent nichts zu schaffen, es sei ihm solches ein Schimpf, sein Weib hab' die Schläg' nötig, der vorige Pfarrer und Amtmann haben ihm selber gesagt, er solle sie nur schlagen, wenn sie's brauche. Wenn ihn der Herr Amtmann für sich zitiere zum weltlichen Amt, so komme er, und man brauche ihm nicht mit dem Holzschlägel zu winken, aber auf kirchenkonventliche Zitation komme er nicht, sonderlich, wenn man ihm den Büttel schicke — damit hatte er mich gemeint; — man solle ihm ein geschworen Weib schicken oder die Hebamme, das seien des Pfarrers seine Amtsboten."

Alles lachte zusammen.

„Zuletzt ist's dann vollends kauftick kommen," fuhr der Schütz fort. „Da hat er sich vernehmen lassen, es geh' hier viel Unordnung vor, so nicht gestraft werd', der Pfarrer melier' sich mit hiesigen Weibern, die Leute reden ihm viel nach. Ich hab' vor der Für nicht alles verstanden, denn vorher hat er ein wenig gestottert, das Schärfsi' aber hat er nicht mehr so laut gesagt, er wird gedacht haben, es schalle auch so noch deutlich in die Ohren. Den Herr Pfarrer aber hat man nachher verstehen können, der hat ihn angeschrauen, er sei ein liederlicher Gesell, was er denn von ihm sagen könne? Und man müsse die Sache ans löbliche Oberamt nach Göppingen berichten. Der Herr Amtmann aber hat ihn einstweilen in Turn sperren lassen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171127-15/fragment/page=0003

Lochau. Bohrungen nach Braunkohle wurden jetzt in unmittelbarer Nähe des Lazarettbaues der Grube Hermine Henriette II vorgenommen. Offenbar handelt es sich darum, die Mächtigkeit des hier befindlichen Kohlenlagers und Deckgebirges festzustellen, da ein Dampfbagger nach dieser Richtung hin das letztere beseitigen soll. Das Kohlenlager, das sich von hier aus nach Osten und dem Auengelände hin ausdehnt, ist schon hinreichend abgebohrt worden, weshalb die Grundstücksankäufe bis Schkeuditz von verschiedenen Gesellschaften betrieben sind.

Dobis. In der Dunkelheit in einen Steinbruch gestürzt. Ein alter Mann wollte, in der Dunkelheit von auswärts kommend, nach Wettin gehen, kam aber vom Wege ab und stürzte in den tiefen, zwischen Dobis und Wettin liegenden Steinbruch. Der anderen Tages patrouillierende Flurhüter wurde durch die Hilferufe auf den mit zerbrochenen Gliedmaßen Daliegenden aufmerksam und nahm sich des Bedauernswerten an. Nachdem der hinzugezogene Arzt einen Notverband angelegt, mußte der Schwerverletzte einem Krankenhause in Halle überwiesen werden.

Gewerkschaftliches.

Die Gewerkschaften gegen die Schnellzugszuschläge.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat am 16. und 17. November zwei Eingaben gegen die Verteuerung des Reisens mit Schnellzügen an den preußischen Eisenbahnminister Breitenbach gerichtet. Sie fordert grundsätzlich die Regierung auf, auf diese verfehlte Maßnahme völlig zu verzichten, da sie einer Verteuerung der gesamten Kriegswirtschaft gleichkommt. Sollte aber darauf nicht eingegangen werden, so verlangt sie **Befreiung von den Schnellzugszuschlägen für die Gewerkschaftsfunktionäre bei Dienstreisen für ihre Verbände**, für die Mitglieder von Schlichtungsausschüssen bei Reisen zur Teilnahme an den Sitzungen ihrer Ausschüsse und für Arbeiter der Kriegswirtschaft bei Urlaubsreisen zum Besuch ihrer Familie. Die Gewerkschaften müssen heute mit wenig Arbeitskräften eine stark angewachsene Verbandstätigkeit bewältigen; sie sind deshalb auf den Schnellzugsverkehr angewiesen. Ebenso sind diese Zuschläge eine große und ungerechte Härte gegen die vielen tausend Arbeiter, die als Hilfsdienstpflichtige weit von der Heimat entfernt kriegsnotwendige Arbeit leisten müssen; sie haben nur ausnahmsweise ein paar Tage Urlaub zum Besuche ihrer Familien und müßten diese vollständig auf der Eisenbahn zubringen, **wenn sie sich nicht des Schnellzugsverkehrs bedienen wollten.**

Es wird sehr interessant sein, die Antwort der Regierung auf diese Eingabe der Generalkommission kennen zu lernen.

Amtliche Wetteransage.

Mittwoch, den 28. November: Veränderlich, zunächst etwas milder, Niederschläge in Schauern.

Allerlei.

Der erste Schnee.

Berlin ist gestern plötzlich durch den wenig erfreulichen Anblick des ersten Schnees überrascht worden. Er kam unerwartet. Noch am Sonnabend hatte man den wärmsten 24. November seit dem Jahre 1848, mit einem Tagesmittel von 11½ Grad Celsius. Während des Sturmes trat eine auffallende Abkühlung ein. In der vierten Morgenstunde trat dann bei Nullgrad Schneefall ein. Die Schneedecke betrug morgens im Norden Berlins 3½ Zentimeter, im Süden war sie etwas dünner. In den Straßen Berlins verdrängte die Sonne bald den Schnee. Im übrigen war der Schneefall in ganz Norddeutschland bis an die Küste verbreitet. In Dresden und Neufahrwasser trat Montag vormittag ein flottes Schneetreiben ein. Die nächsten Tage versprechen günstiges Wetter bei nächtlichem Frost und leichter Erwärmung am Tage.

Stockholms Fleischvorräte verbrannt!

Kopenhagen, 26. November. Berlingske Tidende meldet aus Stockholm: **Das große städtische Gefrierhaus, in dem fast die gesamten Fleischvorräte für den Winter lagerten, ist niedergebrannt. Es konnten nur geringe Mengen Fleisch gerettet werden.**

Stockholm, 25. November. Ein außerordentlich umfangreiches Feuer wütet seit gestern in den Zellulosefabriken in Karsär bei Gefle. **Eine Papiermasse von 7 Millionen Kronen Wert steht in Flammen.**

Die großen Brände in Amerika.

Die Times meldet aus Newyork: Durch Großfeuer wurden in Amerika während des Monats Oktober Schäden im Betrage von 26,8 Millionen Dollar angerichtet. 270 Großfeuer brachen aus gegen 198 im September und 211 im August. Besonders durch das Großfeuer im Hafen von Brooklyn wurden zewaltige Getreidemengen vernichtet.

Verschulden eines Eisenbahnunglücks. Ratibor, 26. November. Die hiesige Strafkammer verurteilte den Lokomotivführer Berger, der das Eisenbahnunglück im Bahnhof Polnisch-Neukirch verschuldet hatte, wobei neun Menschen getötet und über fünfzig verletzt wurden, wegen fahrlässiger Tötung und Gefährdung eines Eisenbahntransports zu einem Jahre Gefängnis.

Der Romanow geflohen? Newyork, 26. November. Central News-Meldung. Ein unbestätigtes Gerücht besagt, daß es dem Zaren gelungen sei, von Tobolsk nach Japan zu flüchten.

Polizeiliches Anstellverbot in Wien. Aus Wien wird berichtet: Die Polizei hat einen Erlaß herausgegeben, der das Anstellen in der Zeit von 7 Uhr abends bis 8 Uhr morgens verbietet; Kindern unter 12 Jahren wurde das Anstellen auch während des Tages verboten. — Das Verbot ist eine Halbheit und ein Gießen ins Wasser. Denn die Leute gehen jetzt Bundenweise um das Geschäft herum „spazieren", um sich um 8 Uhr früh zu Hunderten gleich anzustellen. Das einzige Abhilfemittel ist Rationierung aller Güter und gleichmäßige Verteilung auf Karten.

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches und Allerlei Paul Hennig; Feuilleton, Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Karl Bock; Anzeigen Wilhelm Hennig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Walhalla-Theater. ½8 Uhr. 2876

4 Abschieds-Vorstellungen der Operetten-Gesellschaft Alfr. Dedak.

Heute zum 2. Male:

„Die lustige Witwe"

Operette von Lehar.

Volkspark Burgstr. 27.

Morgen, Mittwoch, 28. November, nachmittags:

Verwundeten - Frei - Konzert.

8270 Die Geschäftsleitung.

Nur noch 3 Tage!

Ledersohlenschoner

(da der Verkauf ab 1. Dezember verboten).

C. Müller Nachf., Lederhandlung,

2863 Leipzigerstraße 66.

Bilder-Bücher,

in allen Preislagen, von 20 Pfg. bis 3 Mk.,

Märchen-Bücher und Jugend-Schriften, Malbücher, Tuschkasten, Schul-Tornister, Schiefer-Kasten u. Tafeln, Tafel-Schwämme.

Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung, Harz 42/44.

NB.: Unsere auswärtigen Expedienten machen wir aufmerksam, doch recht bald ihre Bestellungen zu machen, damit wir die schon jetzt sehr zahlreich einlaufenden Bestellungen ausführen können.

Hutfassons und garnierte Hüte

in Plüsch, Sammet, Velour und Filz, in wirklich schöner Auswahl zu vorteilhaften Preisen. 2868

Regenkappen × Seidenkappen × Wachstuchhüte preiswert.

Im Kaufhaus **H. Elkan,** Leipzigerstrasse 87.

Partei-Schriften empfiehlt die Volks-Buchhandlung.

Metallarbeiterverband

Verwaltung Halle a. S.

Sonnabend, den 15. Dezember, abends 8 Uhr im „Volkspark"

General-Versammlung.

Anträge, die zur Beratung kommen sollen, müssen bis Montag, den 3. Dezember, im Verbands-Bureau eingereicht sein. 2875

Ohne Mitgliedsbuch und Delegiertenkarte kein Einlaß.

Die Ortsverwaltung.

Toilette-Artikel.

Parfüm, Flasche von 40 ₰ an, Staub-Cream, Tube 58 u. 88 ₰, Staub-Cream, Dose 19 u. 38 ₰, Zahn-Cream, Tube 58 ₰ u. 1.20 ₰, Zahn-Pulver, Paket 18 u. 20 ₰, Rasier-Cream, Tube 1.45 ℳ u. 1.95 ℳ 2877

Rasier-Pulver, Paket 58 ₰, Glyzerin-Ersatz, Flasche 30 ₰, Puder-Paster (Buch) 25 ₰, Nagel-Vollerstein, Stück 73 ₰, Haarwasch-Pulver, Paket 20 ₰ und 32 ₰, Bay-Rum, Flasche 1.68 ℳ.

Kaufhaus H. Elkan,

Halle a. S., Leipzigerstr. 87.

Silber

kauft

Juwelier Tittel,

Schmeerstraße 12. 2867

Fahrräder!

Herren- und Damenräder zu kaufen gesucht. 2874

C. Wurmstich,

Merseburgerstrasse 163.

Ansichts-Postkarten

empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Amtliche Bekanntmachungen.

Städtischer Haferflocken-Verkauf auf besondere Bezugskarten für Kinder bis zu 12 Jahren und Jugendliche von 12—17 Jahren in der Talamtschule, am Mittwoch, dem 28. November 1917. Zugelassen zum Einkauf werden die Nummern der Lebensmittelscheine 35001—70000 vormittags von 8½—12 und nachmittags von 2—6 Uhr, sofern sie auf die betreffenden Abschnitte der besonderen grünen u. gelben Warenbezugskarten noch keine Haferflocken erhalten haben. Für jeden Abschnitt kann ein halbes Pfund zum Preise von 28 Pf. verabfolgt werden. Die Abschnitte D der grünen und die Abschnitte C der gelben Warenbezugskarten verlieren am Mittwoch dem 28 November 1917 ihre Gültigkeit.

Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man abgezähltes Geld (vor allem Kupfergeld) bereithalten!

Halle, den 27. November 1917. **Der Magistrat.**

Verkauf von Raps-Spinat.

Der Verkauf von Raps-Spinat wird am Mittwoch den 28. Nov., vormittags von 8½—12 Uhr und nachmittags von 2—6 Uhr, in der Talamtschule zum Preise von 20 Pfg. für das Pfund fortgesetzt.

Halle, den 27. November 1917. **Der Magistrat.**

Meldung der Verbraucher von Kohlen über 10 Tonnen monatlicher Verbrauch.

Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung Berlin hat für die Zeit vom 1. bis 5. Dezember ds. Js. wiederum eine Einreichung von Meldekarten für gewerbliche Verbraucher von Kohle, Koks und Briketts gemäß der Bekanntmachung vom 17 Juni 1917 angeordnet. Die Meldungen der Verbraucher (über 10 Tonnen monatlicher Verbrauch) sind auf Meldekarten anzugeben, die von den bisherigen nur unwesentlich abweichen und als Dezember-Meldekarte zu bezeichnen sind. Im übrigen gelten auch für die Dezember-Meldungen die gleichen Bestimmungen wie sie in unserer Bekanntmachung vom 27. Oktober ds. Js. für die November-Meldungen bekannt gegeben worden sind.

Die Meldekarten-Vordrucke für die im Stadtkreis Halle ansässigen meldepflichtigen Verbraucher sind von der Ortskohlenstelle, Marktplatz 22, von 9 bis 1 Uhr vormittags, zu beziehen.

Halle, den 22. November 1917. **Die Ortskohlenstelle.**

Vereins-Anzeiger

zur Veröffentlichung periodisch wiederkehrender

Veranstaltungen

der geselligen, politischen und wirtschaftlichen Vereine im Verbreitungsbezirk.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Jahresbeitrag 5 Mark jede Zeile.

Halle (Saale).

Arbeiter-Sänger-Chor.

Freitag, d. 30. November pünktlich abds. 9 Uhr, im Volkspark: Singestunde.

Frauen- u. Mädchenchor. Jeden Dienstag um 8½ Uhr im Volkspark: Singestunde.

Turnverein „Fichte"

Turnstunden: Turnhalle Ober-Realschule, Eing. Staudtestraße. Männer-Abteilung: Dienstag und Freitag, abends 8—10 Uhr. Turnerinnen-Abteilung: Mittwoch, abends 8—10 Uhr. Mandolinen-Abteilung: Jeden Sonnabend abend beim Turngen. Kraft: Uebungsstunden.

Touristen-Ver. „Naturfreunde." Donnerstag den 29. November: Treffen auf dem Marktplatz abds. 8 Uhr.

Karbidkunden

für Januar werden noch angenommen bis 30. November.

C. Wurmstich,

Merseburgerstr. 163.

Apollo-Theater

Nur noch 4 Tage!

Abends ½8 Uhr: 2872

„Am goldenen Horn"

Orig.-türk. Ausstattungsoperette in 8 Akten. Text und Musik von Beyler-Bey.

Vorverkauf 9-1 u. 5-6 Uhr.

Stadt-Theater Halle

Direktion: Leopold Sachse.

Mittwoch, den 28. November 1917:

Die verkaufte Braut.

Komische Oper in drei Aufzügen von Friedrich Smetana.

Donnerstag, den 29. Novbr. 1917:

Der Waffenschmied.

Siegreich

brennende

Kriegs-Zigarren

in Feldpostbriefen

(fünf Zigarren oder dreissig Zigaretten portofrei)

empfiehlt in bekannter Güte

J. Sanow

Nachf. (H. Spengler),

Geiststrasse 5. †

Maurer

nach auswärts, für kriegswichtigen Betrieb, Winterarbeit. Stundenlohn 1.50 Mk., bei 10 stünd. Arbeitszeit, stellt sofort ein

B. Barthel, Tiefbau-Unternehmung,

2871 Rudolf Haymstraße 42, II.

Werkzeugschlosser

stellt ein *1563

Schraubenfabrik Diemitz.

Zum sofortigen Antritt

Wächter

gesucht. Unbescholt. Leute mit guten Zeugnis. wol. sich melden.

Hallesche Wach- und Schließgesellschaft m. b. H. *1504

Wir bieten an Ehrenh. geistiger Nebenarbeit. *1502

Reimbach Nachf., Cöln.

Moden-Zeitungen

in großer Auswahl.

Volksbuchhandlung

Halle (Saale), Harz 42/44.

Erfahrene

Eisendreher, Eisenhobler und Maschin-Schlosser

stellen ein 2869

Lange & Gellen,

Maschinenfabrik,

Kaiserstraße 41.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171127-15/fragment/page=0004